

Greenpeace Member Nr. 03/24

WENSTEN



LAND VERB RAUCH

CIRCULARITÉ

Change

Debatte Wie kann System Change aussehen?

S. 31

Engagement
Wie wollen Sie
Veränderung
vorantreiben?

S. 26

Spread the change!

Holen Sie sich Plakate und Flyer von uns und verteilen Sie diese in Ihrem Umfeld. Zum Beispiel im Quartierladen, am Arbeitsplatz oder an der Uni. Damit wir gemeinsam etwas verändern.



greenpeace.ch/magazin/flyer

Editorial

Vielleicht mögen Sie sich noch an unsere Ausgabe «Krise» von vor zwei Jahren erinnern, liebe:r Leser:in. Darin befassten wir uns mit dem kritischen Zustand, in dem sich unsere Welt an jenem Punkt befand, und fragten uns, wieso nicht endlich gehandelt wird. Rund 730 Tage später, so scheint es mir, hat sich die Krisensituation nochmals verschärft. Jeden Tag lesen wir in den Medien über neue Überschwemmungen, Bergstürze und Hitzetage, aber auch über Hungersnöte, eskalierende Konflikte und schier unendliches Leid. Und unweigerlich stellt sich mir die Frage: Wächst uns alles über den Kopf?

Die gute Antwort: Nein – zumindest noch nicht. Aber es braucht Veränderung, und zwar dringend und überall. Wie die aussehen könnte, zeigen uns in dieser Ausgabe drei Menschen, die mit ihrem Engagement den Status quo auf den Kopf stellen möchten (S. 16). Wir diskutieren ausserdem kritisch über Wachstum und weshalb es in einer veränderten Welt gut ohne funktionieren dürfte (S. 31). Dann fordern wir natürlich auch Sie auf, mitzumachen, sonst wären wir ja nicht Greenpeace (S. 26). Und zu guter Letzt räumen wir dem historischen Urteil im Fall der Klima-Seniorinnen den angemessenen Platz ein und zeigen, was möglich ist, wenn man den Mut hat, Veränderung anzupacken (S. 8).

Also: Let’s make a change!

Danielle Müller
Redaktionsleitung

Inhaltsverzeichnis

Change



Dossier
Eine Auseinandersetzung mit Veränderung. Und drei Menschen, die sich vehement dafür einsetzen.

S. 16

International Ein Stück Geschichte geschrieben S. 8	Infografik Schiffscontainer und Umweltbelastung S. 28
--	--

IMPRESSUM
GREENPEACE MEMBER 3/2024

Herausgeberin/
Redaktionsadresse:
Greenpeace Schweiz
Badenerstrasse 171
8036 Zürich
Telefon 044 447 41 41
redaktion@greenpeace.ch
greenpeace.ch

Redaktionsteam:
Danielle Müller (Leitung),
Franziska Neugebauer
(Bildredaktion)
Korrektorat/Faktencheck:
Marco Morgenthaler,
Danielle Lerch Süess
Texte: Elisabeth Joris, Jara
Petersen, Christian Schmidt
Fotos: Shervine Nafissi
Illustrationen: Jörn Kaspuhl,
Kleon Medugorac, Raffinerie,
Paula Troxler, Janine Wiget
Gestaltung: Raffinerie
Bildbearbeitung: Marjeta Morinc
Druck: Stämpfli AG, Bern

Papier, Umschlag und Inhalt:
100 % Recycling
Druckauflage: d 70 000, f 13 000
Erscheinungsweise:
viermal jährlich

Das Magazin Greenpeace geht an alle Mitglieder (Jahresbeitrag ab Fr. 84.–). Es kann Meinungen enthalten, die nicht mit offiziellen Greenpeace-Positionen übereinstimmen.

Stimmt Ihre Adresse noch? Planen Sie einen Umzug? Wir nehmen Änderungen gerne entgegen: schweiz@greenpeace.org oder 044 447 41 41

Spenden:
CH07 0900 0000 8000 6222 8
Online-Spenden:
greenpeace.ch/spenden

Aktion	4
Fortschritt	5
Aktuell	6
Zahlen & Fakten	7
International	8
Das steckt dahinter	15
Dossier	16
Engagement	26
Infografik	28
DIY	30
Debatte	31
Mein grüner Wille	33
Rätsel	34
Schlusswort	35
Spotlight	36



Mit einer vier Meter grossen, vom Auto überfahrenen Justitia-Figur demonstrierten zwölf Greenpeace-Aktivist:innen auf den Stufen zum Verkehrsministerium für grundrechtskonformen Klimaschutz im Verkehr. «Klima schützen statt Recht verletzen» forderten sie auf einem Banner vom deutschen Verkehrsminister Volker Wissing.

Berlin, 15. Juli 2024

Bild: © Verena Brünning / Greenpeace



Im Internet

Im niederländischen IJmuiden steht eines der grössten und dreckigsten Stahlwerke Europas, das zum indischen Unternehmen Tata Steel gehört. Die Anlage stösst täglich giftige Wolken aus, die krebserregende Stoffe enthalten und die Gesundheit der Bevölkerung im Umland gefährden. Wenig überraschend ist in der Region das Risiko, an Lungenkrebs zu erkranken, um 50 Prozent höher als im Rest des Landes. Greenpeace Niederlande lancierte infolgedessen die Website spotdegifwolk.nl, auf der Besucher:innen auf beobachtete Giftwolken hinweisen und diese der Umweltbehörde melden können. Bisher gingen rund tausend Meldungen ein, die bereits zu sechs Geldstrafen gegen das Stahlunternehmen geführt haben. Ziel von Greenpeace Niederlande sind fünfzehn Strafen, dann wird dem Werk die Produktionsgenehmigung entzogen.

Bild: © Marten van Dijk / Greenpeace

25 schon wegen der Kosten für das Gesundheitssystem müsste so was geschlossen sein

Auf der Strasse

Eigentlich hätte vom 26. bis 28. März 2024 in Wien die Europäische Gaskonferenz stattfinden sollen, ein jährliches Treffen von Vertreter:innen grosser fossiler Brennstoffunternehmen – doch die Veranstalter:innen haben die Rechnung ohne Umweltschützer:innen gemacht. Wegen angekündigter Proteste der Klimabewegung inklusive Beteiligung von Greenpeace wurde das Event auf unbestimmte Zeit verschoben. Marc Dengler, Klima- und Energieexperte bei Greenpeace Österreich, sieht darin einen Erfolg für den Klimaschutz: «Fossile Energien haben keine Zukunft und vor allem keinen Rückhalt in der Bevölkerung, das müssen nun auch die Veranstalter der Europäischen Gaskonferenz einsehen.» Schon im vergangenen Jahr waren Tausende von Menschen bei einer Reihe von Aktionen und Blockaden sowie einem öffentlichen Marsch gegen die Europäische Gaskonferenz aktiv geworden. Greenpeace fordert nun eine endgültige Absage des Treffens.

Ja, solchen Druck braucht es wohl auch.

Vor Gericht

Ermutigende Neuigkeiten aus Brasilien: Der oberste Gerichtshof des Landes hat im Frühling entschieden, dass die Regierung Bolsonaro die massive Verletzung von Sozial- und Umweltrechten im Amazonasgebiet aktiv gefördert hat. Ausserdem fordert das Urteil dringende Massnahmen zur Bewältigung der Umweltkrise wie die Einhaltung der Klimaziele und eine Begrenzung der Entwaldung im Amazonas auf maximal 3925 km² pro Jahr. Die Klage, die bereits 2020 eingereicht wurde, hatte Greenpeace Brasilien gemeinsam mit neun weiteren Umweltschutzorganisationen und lokalen Politiker:innen aufgebaut. Angela Barbarulo, Leiterin der Rechtsabteilung von Greenpeace Brasilien, sagt zum Urteil: «Dies stellt eine Verpflichtung des brasilianischen Staates gegenüber den heutigen und künftigen Generationen dar und sollte nicht den Schwankungen der jeweiligen Regierung unterworfen sein.»

Bild: © Ken Schlies / Greenpeace

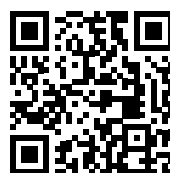




Übrigens subventioniert das
Bund Fleischabsatz mit 6 Mio/GJ.
Hat kaum ökon. Wirkung, aber
nachteilige ökologische,
ökonomische und un-
ethische Auswirkungen.

Wir fordern von Migros und Coop darum mehr Zukunft im Sortiment. Heisst konkret: weniger Tierprodukte anzubieten und pflanzliche Lebensmittel stärker zu fördern – und ihre Unternehmensziele ernst zu nehmen.

Hier Petition unterschreiben



liebe Laroin
Ja, unterschreiben
zweite Aktionen
andenken. Es ist
so absurd, was hier
stattfindet.
Vielleicht kippbar, wenn
so aus der Zeit!

Studie lesen



greenpeace.ch/
magazin/assetmanager

Die Studie zeigt einmal mehr, dass die Finanzbranche mit freiwilligen Massnahmen kaum Fortschritte macht und ihrer Verantwortung nicht genügend nachkommt. Alle Akteur:innen der Finanzbranche müssen deshalb zum Schutz von Klima und Natur verpflichtet werden.

Quellen: «Climate Equality: A planet for the 99 %», Oxfam, 2023. «Inequality Inc», Oxfam, 2024.

Es ist so wichtig, dass wir zunehmend bessere Daten zur Umweltverschmutzung haben und sie diskutieren. Aber gleichzeitig müssen Massengüter umweltfreundlicher und weniger werden. Davon profitieren & konsumieren wir viel zu viel.

HISTORISCH



HISTORISCH

HISTORISCH

International

* Möchte das Plakat auf
einer Klimademo mit der Aufschrift:
"Ohne Klimaseniorinnen
würde die Schweiz
alt aussehen"!

Warum die Schweiz eben nicht genug macht – und dabei zu viel vom Kuchen isst

Text: Yvonne Anliker und Danielle Müller, Greenpeace Schweiz

Nach dem historischen Urteil im Fall der KlimaSeniorinnen^{*} hört man vermehrt wieder zwei allzeit beliebte Anti-Klimaschutz-Argumente. Einerseits: «Aber die Schweiz macht doch schon genug in Sachen Klimaschutz.» Andererseits: «Die Schweiz ist ein kleines Land, unser Beitrag ändert nichts.» Diese Aussagen sind Blödsinn. Wir erklären, wieso.

Eines stimmt: Die Schweiz verursacht innerhalb der Landesgrenzen jährlich rund 41 Millionen Tonnen CO₂-Emissionen und ist somit nur für ein Promille des weltweiten Ausstosses verantwortlich. Im Vergleich dazu entlassen die drei grössten Emittenten China, die USA und Indien die Hälfte aller Emissionen in die Atmosphäre. Dass aufgrund dessen ein Beitrag der Schweiz zur Minderung der Klimakrise nichts bringt, ist dennoch falsch. Denn das Bild sieht anders aus, wenn die Emissionen des gesamten Konsums der in der Schweiz lebenden Bevölkerung pro Kopf betrachtet werden: Mit rund 13 Tonnen CO₂ pro Kopf liegt die Schweiz nämlich weltweit auf Rang 16 der Länder. Zwar hinter den USA, aber noch deutlich vor China oder Indien.

Deswegen stellt auch der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in seinem Urteil fest: Jeder Staat trägt seinen eigenen Teil an Verantwortung, Massnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels zu ergreifen. Ein Staat darf sich gemäss EGMR seiner Verantwortung nicht dadurch entziehen, dass er auf die Verantwortung anderer Staaten verweist. Trittbrettfahren ist nicht erlaubt, weshalb alle Länder ihre Emissionen auf null senken müssen, egal wie gross oder klein sie sind. Würden

global nämlich alle so leben wie in der Schweiz, würde sich die Erde um bis zu 3 °C erwärmen.

Auch zu sagen, die Schweiz mache schon genug, um die Klimakrise zu bekämpfen, stimmt nicht. Beispielsweise ist das Argument der Rechtskommission des Ständerats, mit dem Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit (KIG) seien die menschenrechtlichen Anforderungen des Urteils erfüllt, schlichtweg falsch. Denn die im KIG festgeschriebenen Zielsetzungen sind ungenügend, da sie nicht auf einer fairen Kalkulation des nationalen CO₂-Budgets im Verhältnis zum verbleibenden globalen CO₂-Budget beruhen.

CO₂-Budget? Hä?

Ein globales CO₂-Budget gibt die Menge an Treibhausgasen an, die weltweit noch emittiert werden darf, ohne eine bestimmte globale Temperaturgrenze zu überschreiten. Das Budget ist der Rahmen, innerhalb dessen eine Stabilisierung des Temperaturanstiegs überhaupt gelingen kann. Gemäss dem Weltklimarat IPCC dürfte dieses Budget bereits in sechs Jahren aufgebraucht sein. Staaten inklusive der Schweiz haben deswegen zuletzt an der COP28

So was akzeptieren wir in Familien
ja auch nicht!

erneut ihre Besorgnis darüber zum Ausdruck gebracht, dass das verbleibende, 1,5-°C-kompatible globale Budget zu rasch aufgebraucht wird. Aus diesem Grund hält der EGMR im KlimaSeniorinnen-Urteil fest, dass Staaten für eine menschenrechtlich genügende Klimapolitik die Ambitionen mit Bezug auf das noch verbleibende CO₂-Budget für die Einhaltung des 1,5-°C-Limits festlegen müssen.

Im KlimaSeniorinnen-Verfahren verwies das Bundesamt für Umwelt auf die bestehenden nationalen Klimazielsetzungen und argumentierte, dass aus diesen ein CO₂-Budget für die Schweiz «abgeleitet» werden könne. Doch nationale Budgets ohne Bezugnahme auf ein globales Budget besagen einzig, wie viel CO₂ sich die Schweiz selbst erlaubt; sprich: wie viel vom verbleibenden Kuchen die Schweiz essen möchte, aber nicht, wie viel sie essen darf, damit jede und jeder noch sein Stück hat. Das ist zutiefst unfair und mit internationalem Recht nicht vereinbar.

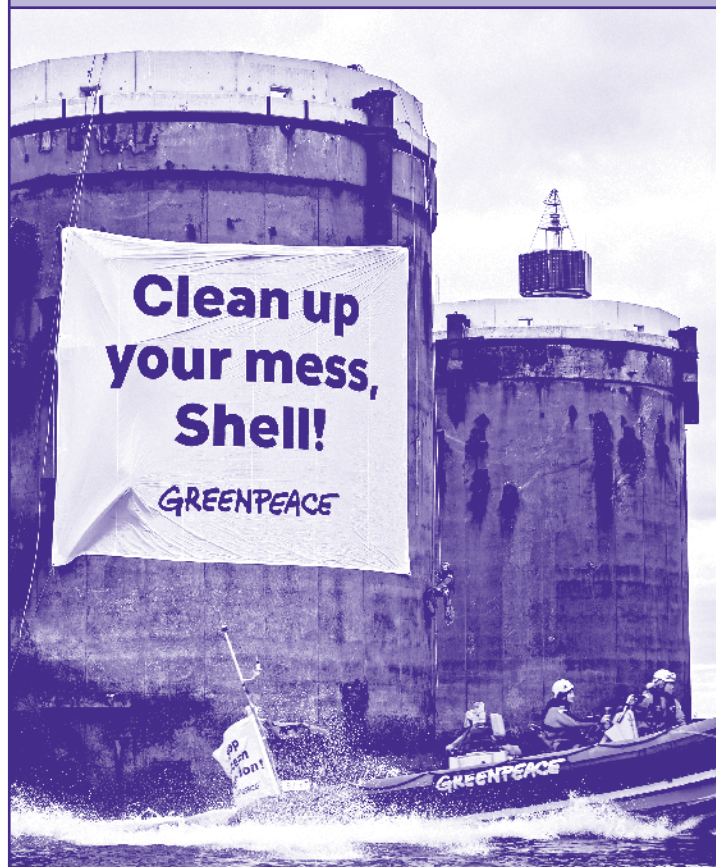
Es braucht «fair share»

Ein «fair share» ist auf Deutsch ein «gerechter Beitrag». Im Klimakontext ist damit gemeint, dass die Last der Reduzierung von Treibhausgasemissionen global gerecht verteilt wird, basierend auf Überlegungen wie der historischen Verantwortung eines Staates für die Klimakrise und seinen Möglichkeiten, zur Lösung beizutragen. Eine solche gerechte Verteilung ist nötig, damit im Zusammenwirken aller Staaten tatsächlich sichergestellt werden kann, dass die globale Erderwärmung 1,5°C nicht übersteigt. Dass also kein Staat mehr vom global verbleibenden CO₂-Kuchen nimmt, als ihm tatsächlich zusteht.

Das Anwaltsteam der KlimaSeniorinnen rund um Cordelia Bähr konnte im Gerichtsverfahren nachweisen, dass ein nach den Fairness-Vorstellungen der Schweiz berechnetes nationales CO₂-Budget bei einer Fortführung der geplanten Klimastrategie bereits Ende 2030 aufgebraucht wäre. Darum fordert der Verein nun, dass der Bundesrat in einem ersten Schritt eine unabhängige wissenschaftliche Analyse zu der Frage in Auftrag gibt, wie viel die Schweiz zur Einhaltung des CO₂-Budgets beitragen sollte. Basierend darauf muss der politische Prozess für die Findung von Massnahmen starten, damit die Schweiz zukünftig ihren Anteil zur Lösung des Problems beiträgt – und nicht den ganzen Kuchen selbst verdrückt.

Climate Justice: Wir sind nicht allein!

2024 ist das Jahr für Klimagerechtigkeit: Weltweit sind grosse und kleine Klimaklagen vor internationalen Gerichten hängig. Sie alle wollen die Frage klären, inwieweit die Staaten rechtlich verpflichtet sind, Massnahmen zur Bewältigung von Klima- und Biodiversitätsnotfällen zu ergreifen. Dass dies nicht nur im Falle der KlimaSeniorinnen funktionieren kann, zeigen diverse Beispiele aus den letzten Jahren. Sie machen uns Mut, nie aufzugeben.



Shell

Auch Unternehmen müssen für ihre Vergehen geradestehen: 2021 verklagten Bürger:innen gemeinsam mit Umweltschutzorganisationen den Öl- und Erdgaskonzern Shell, weil er einer der grössten Umweltverschmutzer sei. Das Bezirksgericht in Den Haag schlug sich auf die Seite der Kläger:innen, die Mahnung an Shell war dabei deutlich: Der britisch-niederländische Konzern «muss seinen Beitrag leisten im Kampf gegen den gefährlichen Klimawandel».

Bild: © Marten van Dijk / Greenpeace



Deutschland

Es gibt ein Recht auf Zukunft. Dies bestätigte im April 2021 das deutsche Bundesverfassungsgericht, nachdem neun Jugendliche mit Unterstützung von Greenpeace geklagt hatten. Das historische Urteil belegt, dass Klimaschutz ein Menschenrecht ist und Verfassungsrang hat.

Bild: © Jan Zappner / Greenpeace

Belgien

In Belgien erhoben über 58 000 Bürger:innen mittels einer Initiative Klage gegen ihre Regierung. Das Berufungsgericht von Brüssel verpflichtete diese nun Ende 2023 dazu, dass der Ausstoss von Treibhausgasen in ganz Belgien bis 2030 um 55 Prozent niedriger sein muss als der Referenzwert von 1990. Die Richter:innen waren der Ansicht, dass das Land zu wenig gegen die Klimakrise macht und somit die Menschenrechte verletzt.

Niederlande

Die Urgenda-Klimaklage war die erste weltweit, in der Bürger:innen darauf aufmerksam machten, dass ihre Regierung rechtlich verpflichtet ist, die Klimakrise zu verhindern. Das Bezirksgericht Den Haag gab den Kläger:innen recht, und 2019 bestätigte auch der oberste Gerichtshof der Niederlande das Urteil. Die Niederlande müssen nun ihre Emissionen im Einklang mit ihren Menschenrechtsverpflichtungen dringend und erheblich reduzieren.

Frankreich

2021 entschied das Verwaltungsgericht Paris, der französische Staat trage grundsätzlich eine Verantwortung für Versäumnisse im Kampf gegen die Klimakrise. Zwei Jahre zuvor hatte Greenpeace gemeinsam mit anderen Umweltschutzverbänden den Staat wegen Untätigkeit angesichts der durch den Klimawandel bedingten Veränderungen angeklagt. Frankreich muss nun die Folgen seiner früheren Nachlässigkeit beheben und Massnahmen ergreifen.

Global

Ein Zusammenschluss aus kleinen Inselstaaten, die durch den Anstieg des Meeresspiegels bedroht sind, leitete vor dem Internationalen Seegerichtshof ein Verfahren ein. Dieser entschied nun im Mai, dass von den Ozeanen absorbierte Treibhausgase eine Form der Meeresverschmutzung darstellen und die jeweiligen Regierungen «alle notwendigen Massnahmen ergreifen müssen», um die Meeresverschmutzung im Zusammenhang mit dem Klimawandel zu verhindern, zu verringern und zu kontrollieren. Das Urteil ist ein grosser Sieg für die Umwelt.

Bild: © Lorenzo Moscia / Greenpeace



Einordnung des Urteils: Fünf Fragen an Juristin Corina Heri

Bilder: Shervine Nafissi



Die KlimaSeniorinnen auf dem Weg zur Urteilsverkündung in Strassburg.

Corina Heri, weshalb ist das Urteil im Fall der Klima-Seniorinnen historisch?

Das Urteil macht klar, dass die Menschenrechte vor Gericht durchgesetzt werden können, um den Auswirkungen des Klimawandels zu begegnen. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) hält unmissverständlich fest, dass die Menschenrechte im Klimarecht eine Rolle spielen; das heisst, dass Staaten die Menschen vor den schädlichen Auswirkungen des Klimawandels schützen müssen. Das ist ein historischer Entscheid, der die Weichen für die weitere Klimarechtsprechung auf nationaler und internationaler Ebene stellt. Der Zusammenhang zwischen dem Schutz der Menschenrechte und des Klimas war lange umstritten. Argumentiert wurde, dass man die Reaktion auf den Klimawandel stattdessen über die internationalen Verhandlungen bezüglich des Klimarahmenabkommens der Vereinten Nationen (in dessen Rahmen auch das Übereinkommen von Paris verabschiedet wurde) festlegen müsse. Das neue Leiturteil wird in verschiedenen Ländern und Systemen die Praxis im Klimaschutz nun prägen.

Wie könnten konkrete Folgen des Urteils aussehen?

Was das Urteil konkret alles auslösen wird, müssen wir noch abwarten. Es zeigt sich aber jetzt schon, dass dieses Urteil zu vertiefteren Diskussionen und Auseinandersetzungen mit der Frage der staatlichen Verpflichtungen zum Schutz der Menschenrechte vor den Auswirkungen des Klimawandels führen wird. Diese finden nicht nur in der Schweiz statt, sondern auch innerhalb der zuständigen Behörden in verschiedenen anderen Mitgliedstaaten des Europarats. Es ist auch zu hoffen, dass dieses Urteil dem Anliegen, das Recht auf eine gesunde Umwelt auf der Ebene des Europarats anzuerkennen, einen neuen Schub verleihen wird.

Wie beurteilen Sie die Rolle der Gerichte generell bei der Verstärkung des weltweiten Klimaschutzes?

Es ist klar, dass die Gerichte im Alleingang keine bessere Klimapolitik anstossen können. Es braucht dafür mehr Zusammenarbeit, einerseits zwischen der nationalen und der internationalen Ebene und andererseits zwischen der Judikative und den anderen Staatsgewalten, also den Parlamenten (Legislative) und der vollziehenden Gewalt (Exekutive). Die Gerichte können dabei wichtige Impulse geben. Sie klären beispielsweise, wo Handlungsbedarf besteht, und sie legen bestehende Pflichten so aus, dass sie den Menschen auch im Zeitalter des Klimawandels adäquaten Schutz bieten.

Hier gehts
zum ausführlichen
Interview



greenpeace.ch/
magazin/corina-heri



Die KlimaSeniorinnen können ihren Sieg kaum fassen.

Was bedeutet die Erklärung des Parlaments, welche den Bundesrat dazu auffordert, dem Urteil keine weitere Folge zu leisten?

Diese Erklärung ist aus der Perspektive der Gewaltenteilung problematisch. Es handelt sich um ein politisches Signal, das deutlich machen soll, dass das Parlament den Klimaurteilen des Gerichtshofs kritisch gegenübersteht und dass die Strassburger Richter:innen sich noch mehr zurückhalten sollen, als sie das bereits getan haben. Die Erklärung bietet keine differenzierte Auseinandersetzung mit dem Urteil. Der Vorwurf, der EGMR hätte «richterlichen Aktivismus» betrieben, ist unbegründet. Dass das Recht auf Schutz des Privat- und Familienlebens (sowie auch, notabene, das Recht auf Leben) auf Umweltfragen angewendet werden kann, entspricht einer etablierten und durch die Mitgliedstaaten akzeptierten Rechtsprechung des Gerichtshofs. Das Parlament fordert den Bundesrat zwar auf, dem Ministerkomitee mitzuteilen, dass die Schweiz dem Urteil keine weitere Folge leisten wird. Aber die Erklärung sagt nicht, dass das Urteil des EGMR unverbindlich sei. Das wäre unhaltbar.

Welche Hoffnung haben Sie bezüglich Klimaschutz?

Ich hoffe, dass man die Klimawissenschaftler:innen ernst nimmt, wenn sie uns sagen, dass wir vor einem Abgrund stehen. Ich hoffe auch, dass man die Gerichte ernst nimmt. Sie schlagen mit ihren Urteilen Alarm und zeigen uns, dass staatliches Handeln dringend geboten ist. Schliesslich hoffe ich, dass man die richterliche Glaubwürdigkeit nicht aus politischen Gründen infrage stellt. Für den EGMR gilt: Die Richter:innen werden durch die Staaten nominiert, was ihnen demokratische Legitimität verleiht. Aber sie sind Expert:innen und fällen ihre Entscheide unabhängig von den Weisungen irgendwelcher Regierungen oder Organisationen. Gerade das macht den Gerichtshof zu einer so starken und bedeutenden Instanz. Diese Unabhängigkeit unqualifiziert infrage zu stellen, weil man ein Urteil nicht billigt, ist eines demokratischen Staates nicht würdig.



Die Freude über das Urteil ist riesig.

Fällt eigentlich auf, dass so viele Frauen an diesen juristischen Klärungen beteiligt sind?! Neben den KlimaSeniorinnen auch Anwältinnen und andere Juristinnen, die Präsidentin des EGMR...



Corina Heri promovierte 2017 an der Universität Zürich. Seit November 2020 ist sie Postdoc am Lehrstuhl Keller im Forschungsprojekt «Climate Rights and Remedies». Sie war am Gerichtshof in Strassburg dabei, als am 9. April das Urteil im Fall der KlimaSeniorinnen verkündet wurde.



Spannung, Jubel und Unverschämtheiten

Elisabeth Joris, KlimaSeniorin

Vor gut acht Jahren kam der damals erst 21-jährige Oliver Heimgartner von Greenpeace zu mir ins Büro im Zürcher Seefeld. Er informierte mich über eine mögliche Klimaklage älterer Frauen gegen den Bundesrat und fragte, ob ich allenfalls bereit wäre, dazu beizutragen. Cécile Bühlmann und Verena Mühlberger, damals Stiftungsratspräsidentin beziehungsweise Geschäftsleiterin von Greenpeace, haben diesen Besuch eingeleitet. Beide gehören zu meinen engeren Bekannten. Sie wussten, dass ich ein grosses Beziehungsnetz zu älteren Feministinnen pflege. Der dringend nötige Schutz vor dem Klimawandel war mir selber ein zentrales Anliegen. Als gebürtige Walliserin verbrachte ich seit der Pensionierung viele Wochen im Sommer im Simplongebiet. Das Schmelzen der Gletscher, ob am Bietschhorn, im Aletschgebiet oder bei der Mischabelgruppe, war nicht zu übersehen. Zugleich fühlte ich mich in meiner Zuneigung zu meinen Enkelkindern für deren Recht auf eine lebenswerte Zukunft mitverantwortlich und wollte mich dafür aktiv einsetzen.

Ich vermittelte Oliver über Heidi Witzig, die als Historikerin mit mir das Büro teilte, den Kontakt zur GrossmütterRevolution, zu deren Mitgliedern auch etliche frühere Umweltaktivistinnen gehörten. Heidi lud zu einem Treffen im Gemeinschaftsraum meiner Hausgemeinschaft in Hottingen ein. Ich kannte kaum eine der Frauen aus der kleinen Gruppe, die der Einladung gefolgt war. Georg Klingler von Greenpeace informierte und beantwortete die vielen Fragen.

Heidi leitete dann auch die Vereinsgründung im Generationenhaus in Bern. Für sie wie für mich war klar, dass wir nicht zum Vorstand gehören wollten, da wir beide schon stark in anderen sozialpolitischen Initiativen eingespannt waren. Ausserdem war ich als Historikerin beruflich noch sehr beansprucht. Aber ich war bereit, als Ansprechperson für die Medien zu fungieren. Und bald nach der Vereinsgründung kontaktierten mich Journalist:innen verschiedenster Medien, meist per Handy. So etwa, als wir vor dem Bundeshaus standen, um unsere Klage erstmals beim Uvek einzureichen, oder in Davos, wo mich ein holländischer Journalist anrief. Zuvor schon hatte mich die Zeitschrift «Tina» – das Frauenjournal war für mich bis anhin kein Begriff – kontaktiert. Eine Journalistin reiste 2017 extra aus Deutschland in die Schweiz, um uns nach Davos zu begleiten, wo wir während des WEF mit einer Überraschungsaktion intervenierten. Schwer bewaffnete Polizist:innen drohten, uns im Kastenwagen abzuführen, wenn wir nicht sofort unsere Transparente einrollen und abziehen würden.

Das Urteil in Strassburg wollte ich nicht verpassen. Voller Spannung verfolgte ich im Gerichtssaal die Kommentare der irischen Richterin. Was wird wohl das Fazit sein?, fragte ich mich. Überrascht war ich, dass die Beschwerde der Einzelklägerinnen abgelehnt, aber die des Vereins angenommen wurde. Innerlich begann ich zu jubilieren. Gleichzeitig war mir klar, dass nun der politische Kampf mit der SVP um die Aufkündigung der EMRK mit neuer Vehemenz aufflammen würde. Was mir in den Tagen danach allerdings bitter aufstiess, waren die an Unverschämtheit grenzenden Medienkommentare. Verniedlichend war die Rede von «Klima-Grosis», dass wir «Strohfrauen» von Greenpeace seien. Diese Abwertungen einer Gruppe engagierter, profilierter und politisch erfahrener Frauen waren weit unter der Gürtellinie. Was mich jedoch noch mehr empört, ist der Aufruf des Ständerates und des Nationalrats, das Urteil zu ignorieren. Die Begründung, die Schweiz habe dem Urteil mit seiner Gesetzgebung bereits Folge geleistet, erachte ich als hilflosen Versuch, den rechtsstaatlichen Schein zu wahren, da man ja ein Urteil nicht einfach ignorieren kann. Mit seiner Erklärung schwächt das Parlament sowohl die Bedeutung der EMRK wie auch die Stellung des EGMR und des Europarates, eine höchst verantwortungslose Haltung.

Bild: zVg

Das steckt dahinter

Stadtklima-Initiativen

7,2 Millionen

Im Jahr 2020 lebten rund 83 Prozent der Schweizer Bevölkerung in Gegenden mit städtischem Charakter, was rund 7,2 Millionen Menschen entspricht. Diese leiden mehr unter Hitze als die Bewohner:innen der ländlichen Regionen. Doch auch in der Stadt gibt es Unterschiede bei der Hitzebelastung: Je wohlhabender eine Nachbarschaft, desto kühler ist sie, stellte eine Recherche von SRF fest.

7 Grad Celsius

Bäume machen einen gehörigen Unterschied, wenn es zu Hitzesommern kommt. Am Tag können sie den Aufenthaltsbereich der Menschen um bis zu 7°C herunterkühlen. Dies vor allem durch den Schatten, den sie spenden. Ausserdem ist es an Orten mit vielen Bäumen auch nachts kühler, da sich die Beiräume tagsüber nicht so stark erwärmen.

25 Prozent

Für Bäume hat das Leben in der Stadt jedoch Konsequenzen: Strassenbäume erreichen meist nur ein Viertel ihres möglichen Alters. Dies unter anderem, weil besonders an viel befahrenen Strassen die Schadstoffaufnahme der Bäume grösser ist.

20 Tage

Bis 2060 soll in der Schweiz bis zu ein Viertel weniger Regen fallen. Auch werden niederschlagsfreie Trockenperioden in 16 Jahren bereits 20 Tage dauern anstatt wie bisher deren 11. Ohne Abkühlung von oben erhitzen Städte noch mehr. Umso wichtiger also, sie vermehrt zu begrünen, denn Grünflächen sind rund 25 Grad kühler als versiegelter Boden.

11 Initiativen

Um der Hitze in Städten entgegenzuwirken, hat der Verein umverkehr in 11 Gemeinden die Stadtklima-Initiativen lanciert. Sie verlangen, dass während zehn Jahren jährlich 0,5 Prozent der öffentlichen Strassenfläche in zusätzliche Grünflächen umgewandelt werden. Ausserdem sollen weitere 0,5 Prozent der Strassenfläche jährlich umgenutzt werden. In St. Gallen, Genf, Chur, Ostermundigen und Winterthur wurden die Initiativen oder deren Gegenvorschläge angenommen.

Schade, habt ihr in die Zeichnung nicht eingebaut, dass ein Baum ein grosses Wurzelwerk hat und dafür Platz braucht. Das geht nämlich häufig vergessen und wir brauchen uns, wenn Stadtbäume im Alter nur 25 Jahre alt werden.

Bild: © Alamy

Quellen: «Hitze in Städten», Bafu, 2018; [srf.ch/news/schweiz/ungleichheit-in-den-staedten-hitzeinseln-treffen-aermere-staerker](https://www.srf.ch/news/schweiz/ungleichheit-in-den-staedten-hitzeinseln-treffen-aermere-staerker); [srf.ch/radio-srf-1/herausforderung-sommerhitze-diese-sechs-massnahmen-helfen-gegen-zu-heisse-schweizer-staedte](https://www.srf.ch/radio-srf-1/herausforderung-sommerhitze-diese-sechs-massnahmen-helfen-gegen-zu-heisse-schweizer-staedte); [umverkehr.ch](https://www.umverkehr.ch)

Text: Danielle Müller, Greenpeace Schweiz



Zeit, dass sich etwas ändert

Planet und Menschen leiden. Es braucht einen Neustart, sodass wir unabhängig vom Wirtschaftswachstum gut leben können. Eine Auseinandersetzung mit Change und drei Porträts von Menschen, die Veränderung leben.

Text: Roland Gysin, Greenpeace Schweiz
Illustration: Kleon Medugorac und Paula Troxler
Fotografie: Raffinerie

Das Bundesamt für Energie denkt in die falsche Richtung. «Energieverbrauch 2023 leicht gestiegen», titelte es im Juni in einer Medienmitteilung. Hauptgrund sei die «anhaltende Erholung des Flugverkehrs». «Erholung»? Im Ernst? Auf welchem Planeten lebt das Bundesamt?

Flieger gehören weltweit zu den grössten Klimakillern. In der Schweiz sind sie für gut ein Viertel der klimawirksamen Treibhausgasemissionen verantwortlich. Doch das Bundesamt denkt in anderen Kategorien. Je mehr Menschen fliegen, desto besser. Gut ist, was wächst. Gut ist, was das Bruttoinlandprodukt (BIP) ankurbelt.

Das findet auch die Zürcher Volkswirtschaftsdirektorin Carmen Walker Späh. Sie schreibt in einem Beitrag für den «Tagess-Anzeiger», Wirtschaftswachstum sei der «Motor des Klimaschutzes». Wachstum schaffe die Ressourcen, die für Forschung und Entwicklung neuer Technologien notwendig seien. Dahinter steckt die Hoffnung, dass Fortschritt zu effizienteren Produktionsverfahren und damit zu weniger Ressourcenverbrauch führt. Doch das ist ein Irrtum. Stichwort Rebound-Effekt, erklärt an einem einfachen Beispiel: Wenn die Autoindustrie effizienter und deshalb günstiger produziert, entscheiden sich viele Kund:innen beim nächsten Kauf für ein grösseres Modell mit entsprechend höherem Verbrauch an Ressourcen.

Seit den 1950er-Jahren messen wir den Erfolg einer Volkswirtschaft daran, wie stark sie wächst – egal wie es um soziale Gleichheit, Umweltzerstörung, Gesundheit und Zufriedenheit steht. Wir und viele unserer Institutionen, wie etwa die Altersvorsorge, sind in einer Wachstumslogik gefangen. Eine Wirtschaft ist aber nur dann umweltverträglich, wenn sie das Wohlergehen von Mensch und Planet ins Zentrum stellt. Dazu ist das BIP die falsche Messgrösse.

Es gibt Alternativen. Zum Beispiel den «Better Life Index» der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) mit Indikatoren wie Wohnverhältnisse und Lebenszufriedenheit. Oder die «Wohlfahrtsmessung» des Bundes-

Ja, ist auch schade, dass das BfE nicht klagt, dass der Energieverbrauch nicht zurückgeht. Sie fördern so tolle Sachen, aber Rebound-+Wachstums-effekte machen Effizienzgewinne zunichte!

* Aktuelle Forschung zur Entkopplung & Wachstum sagt: keine Aussicht auf ausreichende absolute Entkopplung. Damit kann Wirtschaftswachstum kein Motor für Klimaschutz sein. Grünes Wachstum gibt es nicht! Sorry!

amts für Statistik mit Indikatoren wie Bildung, Gesundheit und Umweltqualität. Doch richtig ernst nimmt diese Systeme niemand.

Die Greenpeace-Studie «Transformation zu einem sozialgerechten Leben innerhalb der planetaren Grenzen» von 2023 zeigt, was die Folgen einer ungezügelten Wachstumslogik sind: Die Schweiz überschreitet die planetaren Grenzen beim Klima um den Faktor 19, beim Biodiversitätsverlust fast um den Faktor 4. Kein Wunder, dass selbst der Bundesrat im Umweltbericht 2022 bilanziert: «Die drängendsten Probleme sind der Klimawandel, der Verlust der biologischen Vielfalt und die übermässige Nutzung natürlicher Ressourcen.»

Schweizer Konsum ist nicht nachhaltig

Die Schweiz stiess 2020 rund 103 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente aus. Zwar verbrauchen wir im Inland weniger Ressourcen. Aber: Zwei Drittel der Umweltbelastung fallen im Ausland an. Und dieser hauptsächlich über unseren Konsum importierte Anteil der Umweltbelastung nimmt seit 2000 zu. Pro Kopf stossen wir in der Schweiz rund 13 Tonnen CO₂-Äquivalente aus. In der EU sind es rund 8 Tonnen. Das Bundesamt für Statistik bringt es auf den Punkt: «Unser Konsum ist nicht nachhaltig. Wir leben auf Kosten künftiger Generationen und anderer Erdteile.» Wer nicht oder zu spät handelt oder die Probleme einfach ignoriert, muss – im besten Fall – mit immensen Kosten rechnen. Gemäss Umweltbericht 2022 des Bundesrates sind die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Kosten eines ungebremsten Klimawandels «bei Weitem» höher als die Kosten für vorsorgliche Massnahmen.

Subventionen sind eine Möglichkeit, wie der Bund beim Schutz der Umwelt vorwärtsmachen kann. Sprich die Wirtschaft in eine nicht wachstumsgetriebene Richtung zu lenken, etwa mittels Geldern für die energetische Sanierung von Gebäuden und für den Arten- und Landschaftsschutz. 2015 gab der Bund für sogenannte «umweltbezogene Subventionen» 2,3 Milliarden Franken aus. 2020 waren es über 2,7 Milliarden Franken. Die neuesten Zahlen stammen von 2022. Der Beitrag liegt mit gut 2,2 Milliarden unter demjenigen von 2015.

Die Zahlen sind verschwindend klein im Vergleich zum Geld, das der Bund ausgibt für Subventionen, welche die Umwelt schädigen. Die Eidgenössische Forschungsanstalt für Wald, Schnee und Landschaft (WSL) hat 2020 total 162 biodiversitätsschädigende Subventionen ausgemacht im Umfang von 40 Milliarden Franken. Die Folgen dieser Politik: Gemäss Bundesamt für Umwelt sind «die Hälfte der Lebensräume und ein Drittel der Arten bedroht». Trotzdem lässt der Bundesrat von den 162 schädlichen Subventionen nur 8 überprüfen und sieht laut SRF-«Rendez-vous» vom 2. August auch «keinen oder kaum Handlungsbedarf».

Unbedingt am 22. Sept für die Biodiversitätsinitiative stimmen + dafür werben!

Und natürlich fand er, dass auch bei diesen 8-3 B. Subventionierung des Fleischkonsums - kein Handlungsbedarf besteht!

Was tun? Bausteine für den grundlegenden Wandel sind vorhanden: Glaubenssätze über Bord werfen, Ressourcenverbrauch zurück-schrauben, energieintensive Produktionsformen aufgeben und sich aufmachen, wachstumsunabhängige Modelle zu entwickeln. Zum Beispiel indem wir Arbeit weniger besteuern und dafür Vermögen, Erbschaften und den Verbrauch fossiler Energien stärker belasten. Wir brauchen Ernährungssysteme, die mit den Futtermitteln auskommen, welche die einheimische Landwirtschaft produzieren kann. Feministische Bewegungen fordern seit Jahrzehnten die gerechtere Aufteilung und Aufwertung der Sorgearbeit. Für den Umwelthistoriker Milo Probst lassen ihre Kämpfe «Konturen einer Welt erkennen, in der die Sorge um Mitmenschen und die Natur ins Zentrum unserer menschlichen Tätigkeit rückt».

«Wir sind nicht alle Optimierungsautomaten», sagt der Volkswirtschaftler Werner Vontobel. Die Evolution hat uns zu solidarischen Wesen gemacht. Schenken bereitet Freude. Und wir verspüren den starken Wunsch nach sozialen Beziehungen, die auf Gegenseitigkeit beruhen. Vontobel schlägt einen «Neustart» vor, bezahlte Arbeit vermehrt in unbezahlte Arbeit zurückzuverwandeln mit verbesserten Rahmenbedingungen für eine geldlose Bedarfs- und Regionalwirtschaft: «Statt Wohnsilos und 20 Kilometer entfernte Arbeitsstätten müssen wir Wohnen und Kleingewerbe im Sinne einer 15-Minuten-Stadt zusammenbringen.» Selbstredend braucht es dazu keine neuen Autobahnen.

Bewusstsein für Wandel ist vorhanden

Viele Menschen sind sich bewusst, dass die «natürlichen Grenzen des wirtschaftlichen Wachstums» erreicht sind. Das ergab eine repräsentative Umfrage des Meinungsforschungsinstituts GFS Zürich im Auftrag von Greenpeace. 7 von 10 Befragten stimmen dieser Aussage zu. 8 von 10 Befragten sind zudem überzeugt, dass wir «Wege finden müssen, wie wir unabhängig vom Wirtschaftswachstum gut leben können».

Die Umweltdebatte lässt sich nicht führen, ohne die Systemfrage zu stellen: Wie halten wir es mit dem unendlichen Wirtschaftswachstum? Fakt ist: Die Zerstörung der Umwelt und die Klimakrise schreiten schneller voran, als es Expert:innen vorausgesagt haben. Deshalb muss der ignorante Glaube rasch ein Ende haben, dass es irgendwie schon gut kommt. Sonst könnte es uns ergehen wie Ikarus in der griechischen Sage: Sein Vater Dädalus hatte, um der Gefangenschaft bei König Minos zu entkommen, für sich und den Sohn je ein Paar Flügel gefertigt, aus Federn, die er mit Fäden und Wachs verband. Der Warnung des Vaters zum Trotz stieg Ikarus beim Flug immer höher, bis die Sonnenstrahlen das Wachs schmelzen liessen. Er taumelte, ruderte mit den Armen, überschlug sich, fiel ins Meer – und versank.

Ein Lob auf den gesunden Menschenverstand! Greenpeace, bitte konfrontiert das Seco und das Parlament damit!

* Wir wollen höher, schneller, weiter... Ich will lieber ein Klima-forscher, behält sein Fach "Selbstverleugung"



Magdalena Erni Co-Präsidentin der Jungen Grünen

Text: Danielle Müller, Greenpeace Schweiz

Als die Umweltverantwortungsinitiative (UVI) lanciert wurde, war Magdalena Erni gerade mal 17 Jahre alt. «Zu jung, um im Initiativkomitee mitzuwirken», sagt sie lachend. Nur drei Jahre später bereitet sich die Thunerin als Co-Präsidentin der Jungen Grünen Schweiz, die die UVI ins Leben gerufen haben, mitten im Geschehen auf den Abstimmungskampf vor. Wann der kommt, ist noch nicht festgelegt, dass er kommt, aber gewiss. «Gerade für eine Jungpartei ist das eine riesige Kiste zum Stemmen», meint Magdalena mit ein wenig Ehrfurcht, «doch ich freue mich sehr darauf.»

Aber fangen wir von vorne an: Am 24. August 2021 lud die damalige Co-Präsidentin der Jungen Grünen, Julia Küng, die Schweizer Medien ins Bundeshaus ein. Anlass war die Lancierung der Volksinitiative «Für eine verantwortungsvolle Wirtschaft innerhalb der planetaren Grenzen (Umweltverantwortungsinitiative)». Aktivist:innen malten zeitgleich auf dem Waisenplatz in Bern Transparente mit Schriftzügen wie «Weil wir nur eine Erde haben» oder «Umwelt vor Profit». Genau darum geht es in der Initiative. Sie verlangt, dass die Umweltbelastung der Schweiz innerhalb von zehn Jahren so reduziert wird, dass die planetaren Grenzen eingehalten werden. Die Natur solle dabei den Rahmen für die Wirtschaft vorgeben. «Wir leben in einer Zeit, in der es multiple Krisen gibt», erklärt Magdalena die Beweggründe für die Initiative. «Die UVI packt Grundprobleme wie unser heutiges Wirtschaftssystem an der Wurzel.»

Besonders wichtig ist der Jungpartei der Grünen Schweiz, dass die Ausgestaltung der Initiative sozial gerecht abläuft. Denn es seien vor allem reiche Menschen und grosse Firmen, die die Umwelt verstärkt belasten würden, so Magdalena. «Das geht in der Politik sehr oft vergessen.» Die Studentin hat auch schon konkrete Vorstellungen, wie soziale Gerechtigkeit in der Umsetzung aussehen könnte, und scheut dabei nicht vor dem V-Wort zurück: «Verbote sind eigentlich sozial sehr gerecht, weil sie für alle gelten und man sich für Geld nicht davon freikaufen kann.» Schliesslich hätten sie als Partei aber nur Vorschläge und Ideen, die Umsetzung läge dann in der Hand des Parlaments.

Nichtstun kostet mehr

Im Februar 2023 – nur anderthalb Jahre nach Lancierung – konnten die Jungen Grünen die Umweltverantwortungsinitiative mit über 105 000 gültigen Unterschriften einreichen. «Das war ein wahnsinnig schöner Moment, auf den wir als Jungpartei extrem stolz sind», erinnert sich Magdalena. Doch nur knapp ein Jahr später folgte die Hiobsbotschaft aus dem Bundeshaus: Der Bundesrat lehnt die

UVI ab. Für die junge Politikerin zwar nicht überraschend, aber dennoch ärgerlich. Als Hauptargument dagegen nennt der Bundesrat die Kosten, welche die Annahme mit sich bringen würde. Magdalena ist dieser Aussage müde: «Nichts machen wird uns am Ende viel mehr kosten, was diverse Studien belegen.» Ganz absurd findet sie, dass man zeitgleich darüber diskutiert, fossile Infrastrukturen wie den Verkehr, aber auch die Atomenergie weiter auszubauen. «Das wären Ausgaben, die man stattdessen in den Klimaschutz investieren könnte.»

Auch der Nationalrat hat die Umweltverantwortungsinitiative bereits diskutiert – und im Juni dieses Jahres abgelehnt. Trotzdem hat sie für Furore gesorgt: «Ein befreundeter Nationalrat hat mir gesagt, dass er noch nie so viele Redemeldungen zu einem Thema gehört habe», erzählt Magdalena ein wenig stolz. Die Diskussion dauerte sechs Stunden, und einige Mitglieder der Jungen Grünen verfolgten sie im Bundeshaus mit. Für Magdalena ein spezieller Moment, der aber auch Nerven kostete. Denn einige Wortmeldungen, vor allem seitens der SVP, waren unter der Gürtellinie, erzählt sie. «Das war anstrengend; es geht um unsere Zukunft und gewisse Menschen machen sich darüber lustig.»

Wie es im Schweizer Parlament abgesehen von der Diskussion rund um die Umweltverantwortungsinitiative läuft, frustriert die Co-Präsidentin der Jungen Grünen zusätzlich. «Wie beispielsweise auf das Urteil im Fall der KlimaSeniorinnen reagiert wurde, ist furchtbar», regt sich Magdalena auf. «Und das, obwohl wir das heisseste Jahr seit Messbeginn haben.» Die Schweizer Politik ruhe sich zu sehr auf ihren Erfolgen aus, findet sie und setzt gerade deswegen grosse Hoffnungen in die UVI: «Wir wollen damit vorangehen und radikalere Ziele als bisher festlegen. Und zeigen, dass ein Wandel noch möglich ist.»

Dieser Systemwandel ist für Magdalena – und ihre Partei – die treibende Kraft, sie arbeitet hart dafür. Warum? «Ich möchte in zehn Jahren in einer Schweiz leben, in der das Wohl der Menschen an erster Stelle steht und nicht das der Wirtschaft. In der es nicht zu heiss ist. Und wenn es doch so sein sollte, es viele Bäume gibt, die Schatten spenden, und wir uns in Flüssen und Seen mit sauberem Wasser abkühlen können.» Dem bleibt nichts hinzuzufügen.

× die umweltspezifischen Erfolge wie sauberes Wasser und weniger Ozon sind schon lange her!



Lobo Lutz Gründer Foodcoop «Zur Gertrud»

Text: Danielle Müller, Greenpeace Schweiz

«Ich interessiere mich für Essen», sagt Lobo Lutz pragmatisch – und untertreibt mit dieser Aussage fast noch ein wenig. Denn er ist neben seinem Beruf seit mittlerweile mehr als zehn Jahren in diversen Lebensmittelvereinen engagiert. So auch als Mitgründer der Foodcoop «Zur Gertrud» an der Ecke – wie könnte es anders sein – Zurlindenstrasse/Gertrudstrasse in Zürich.

Foodcoops sind Zusammenschlüsse von Personen aus Privathaushalten zu Einkaufsgemeinschaften, die gemeinsam Lebensmittel beziehen, sie werden auch Lebensmittelkooperativen genannt. Diejenige von Lobo Lutz hat sich ziemlich unspektakulär während der Corona-Zeit bei den Briefkästen vor seinem Wohnhaus gegründet, als sich dort vier Nachbar:innen mit Masken trafen und austauschten. Mittlerweile hat sich daraus ein Verein mit über 120 Mitgliedern entwickelt, der alle drei Monate zum Verteilen von Lebensmitteln zusammenkommt. Die Nudeln, Brotaufstriche und Haferdrinks, die an den Verteiltagen von Freiwilligen sortiert und ausgegeben werden, kann jedes Mitglied zuvor ganz einfach via Website bestellen.

Doch warum braucht es zum Einkaufen einen Verein? Wieso gehen die Mitglieder von «Zur Gertrud» nicht einfach wie Hinz und Kunz zu Coop oder Migros zum «Poschte»? Ganz einfach: Weil in unserem Lebensmittelsystem der Wurm drinsteckt. Lebensmittelproduzent:innen stehen heutzutage unter massivem Preisdruck der Grossverteiler, wodurch die industrielle Produktion und somit die Ausbeutung von Böden und Arbeiter:innen forciert wird. Hinzu kommt, dass die Produzent:innen am Ende des Tages wenig von ihrem Geld sehen, da der Zwischen- und Grosshandel von sehr hohen Margen profitiert. So ist zum Beispiel bei der Kartoffel der Gewinn einer Grossverteilerin wie Migros fünfmal höher als der des Bauern, der sie angepflanzt hat.

Solche unfairen Verhältnisse wollen Foodcoops nicht unterstützen. Sie beziehen ihre Lebensmittel direkt bei den Produzent:innen und lassen den Zwischenhandel aus. «Somit wird eigentlich der Verein zum Zwischenhändler und weiss über jedes Produkt, von wem es wann, wo und unter welchen Bedingungen produziert wurde», erklärt Lobo Lutz. Bei der Auswahl der Partner:innen – wovon «Zur Gertrud» etwa 20 hat – wird dabei besonderes Augenmerk auf eine ökologische und gerechte Produktion gelegt. Auch Foodwaste vermeidet die Lebensmittelkooperative durch das Vorbestellverfahren. Und es entsteht vor allem eines: Nähe. «Weil unser System der Lebensmittelversorgung daran krankt, dass wir als Konsument:innen so weit entfernt sind von den Zusammenhängen, in welchen Lebensmittel erzeugt werden.» Und diese Nähe schafft gemäss Lobo Lutz

faire Arbeitsbedingungen, vernünftige Produktionsbedingungen – und Wertschätzung.

Eine Frage der Qualität

Für Lobo Lutz hat das Schweizer Lebensmittelsystem aber nicht nur ein grosses Fairness-Problem. Auch in Sachen Qualität mangle es an allen Ecken und Enden. «Produkte aus dem herkömmlichen Handel sind einfach nicht gut», meint der 44-Jährige wiederum mit einer Portion Pragmatismus. Vereinsmitglieder, die «Zur Gertrud» aus den unterschiedlichsten Gründen einmal verlassen haben, kehren laut Lobo Lutz oft gerade deswegen wieder zurück: «Sie vermissen die hohe Qualität der Produkte. Und das Essen schmeckt halt besser, wenn man weiss, woher es kommt.»

Das Kommen und Gehen bei «seiner» Foodcoop macht Lobo Lutz übrigens Freude. Das Ziel von «Zur Gertrud» sei es nämlich nicht, zu wachsen, denn mit Wachstum würde alles komplizierter und unübersichtlicher. Wesentlich wichtiger sei, dass noch viel mehr Kooperationen wie seine entstünden. «Man könnte in Zürich eigentlich an jeder dritten Strassenecke eine Lebensmittelgemeinschaft gründen», ist er überzeugt, «schliesslich sind Lebensmittel eine wunderbare Möglichkeit, Menschen kennenzulernen und eine Nachbarschaft zu beleben.» Das bietet ein Supermarkt kaum.

Dass durch Foodcoops ein Wandel im Lebensmittelsystem angestossen werden kann, zeigt die zunehmende Anzahl an Lebensmittelgemeinschaften. In Zürich allein gibt es schon über 15. Aber auch über die Grenzen hinaus findet die Grossverteiler-Alternative Anklang: In unserem Nachbarland Österreich gibt es beispielsweise bereits über 100 Vereine. Das dürfte neben dem ökologischen und fairen Aspekt gemäss Lobo Lutz einen weiteren, ganz simplen Grund haben: «Dieser Moment, wenn man zu Tisch sitzt und das ganze Wissen über die Produkte endlich mit dem sensorischen Erleben zusammenkommt.» Ein wahrer Genuss.



Karin Pfeifer
Vorstandsmitglied Studierendenverein
«Plurale Ökonomik Zürich»

Text: Jara Petersen

Meine grosse Hoffnung,
dass sich in den ökonomischen
Fakultäten was
ändert, sind die Studierenden!!

Karin Pfeifer, Masterstudentin der Volkswirtschaftslehre (VWL) an der Uni Zürich, hat ihr Fach ursprünglich gewählt, weil sie die Welt verbessern wollte, zumindest ein bisschen. Sicher wollte sie «das kapitalistische System kritisch hinterfragen». Wer VWL studiert, möchte meistens verstehen, wie die Welt zusammenhängt, wie die Märkte funktionieren, welche Kräfte diese Märkte steuern.

Das Ernüchternde dann am Wirtschaftstudium: An den meisten Unis wird hauptsächlich die dominierende, neoklassische Ökonomie vermittelt, deren Modelle und Theorien der komplexen Realität nicht gerecht werden und auf Annahmen basieren, die in der Wirklichkeit nicht anzutreffen sind. Von den planetaren Grenzen ist keine Rede, in den Modellen wird von unendlichen Ressourcen und stetem Wachstum ausgegangen. Das nahezu magische Dogma «Der Markt regelt alles» bleibt unangetastet, obwohl seine Zauberkraft in der Realität nicht zu sehen ist; missliebige «externe Effekte» wie Umweltschäden können laut den neoklassischen Modellen mit Geldstrafen ausgeglichen werden. Wenn es doch so einfach wäre ...

«Sogar die Profs wissen, dass die Modelle nicht der Realität entsprechen», sagt Karin, die sich heute im Zürcher Studierendenverein «Plurale Ökonomik» dafür einsetzt, dass auch andere Ansätze gelehrt werden – solche, die zum nachhaltigen Wandel beitragen, die Realität wirklichkeitsgetreuer abdecken und den Studierenden somit eine ganzheitlichere Position vermitteln. «Ich möchte die Wirtschaft so verstehen, dass sie eine faire, nachhaltige Antwort auf die brennenden Fragen der Gegenwart geben kann», erklärt die Zürcherin ihr Engagement für den Verein. Es brauche ein vielseitiges theoretisches Wissen neben den orthodoxen Theorien: «Wenn Wirtschaftswissenschaftler:innen nach dem Studium als Expert:innen in politischen Entscheidungen beigezogen werden, sollen sie auch soziale und ökologische Komponenten im Hinterkopf haben», beschreibt sie ihre Motivation weiter. «Ich hätte gern, dass Ökonom:innen auf der Seite der ökologischen und sozialen Interessen sind.»

Ein weiteres Beispiel für die Mangelhaftigkeit der neoklassischen Theorie ist das Modell des «Homo oeconomicus». Der Homo oeconomicus ist ein rein rationaler Mensch, der nur auf den eigenen Nutzen aus ist. Die meisten neoklassischen Wirtschaftstheorien basieren ihre Modelle auf der Annahme, dass die Menschen sich wie ein Homo oeconomicus verhalten, der nicht an seine Mitmenschen, sondern an Gewinnmaximierung denkt. In der Realität ist der Homo oeconomicus selten anzutreffen, denn die Menschen agieren sozialer, als es das Modell

annimmt. «Nur Schimpansen verhalten sich so», sagt Karin Pfeifer, fügt aber an, dass Studien einen Einfluss der neoklassischen Modelle auf die Wirtschaftsstudierenden aufgezeigt hätten: Je länger Menschen VWL studieren, desto egoistischer werden sie, weil sie das verzerrte Menschenbild in ihr Verhalten integrieren.

Mehr Diversität ist gewünscht

Der Zürcher Studierendenverein «Plurale Ökonomik Zürich» gehört zum Dachverein «Rethinking Economics Switzerland», mit lokalen Gruppen an den meisten Schweizer Unis. Er organisiert unter anderem Lesezirkel und eine Vorlesung, die plurale Theorien wie die feministische und die ökologische Ökonomie vorstellt. Jedes Jahr bietet er ausserdem eine mit 130 Teilnehmenden ausgebuchte Summer School an, wo die ökologischen und sozialen Theorien gelehrt werden. Damit «bringen wir den Pluralismus an die Uni», denn es gibt eine Nachfrage nach realitätsbezogenen, alternativen Theorien in der Wirtschaft. Die meisten Studierenden sehen ein, dass die gegenwärtige, wachstumsorientierte Wirtschaft für die Menschen und den Planeten nicht funktioniert. Der Verein steht in gutem Austausch mit den Professor:innen der Uni, die, so Karin Pfeifer, zwar einsehen, dass die Studierenden mehr theoretische Diversität wünschen, aber nicht ganz verstehen, warum das Anliegen so dringend ist. Es sei eine grosse Hürde, das neoklassische Curriculum zu überarbeiten.

Das Ziel des Vereins: die Gemeinschaft und Vernetzung von plural gebildeten Ökonom:innen zu fördern, die eine faire, nachhaltige Wirtschaft vertreten. Zum Beispiel solche, die das «Doughnut Economy»-Modell kennen, das davon ausgeht, dass die Wirtschaft die sozialen Bedürfnisse innerhalb der planetaren Grenzen erfüllen muss. Von Wachstum um des Wachstums willen ist dabei keine Rede. Eher von «Degrowth»: Dazu gehören reale Experimente wie die Vier-Tage-Woche als Arbeitsmodell. Denn es braucht in Zeiten begrenzter Ressourcen nicht maximale Produktion, sondern gerade so viel, dass es für alle genug ist. Auch alle Non-Profit-Organisationen oder Kooperativen sind Beispiele gelebter pluraler Ökonomietheorien: Sie widersprechen der neoklassischen Wirtschaftslogik, die auf Gewinn ausgerichtet ist.

Karin Pfeifer träumt weiter: Die Wirtschaft so zu organisieren, dass die Priorität auf den Menschen und der Umwelt und nicht auf Gewinn liegt. Eine sozial gerechte und ökologische Wirtschaft klingt erst einmal fremdartig, so gar nicht nach Wirtschaft. Aber – das ist eben eine Frage der theoretischen Ausgangslage.

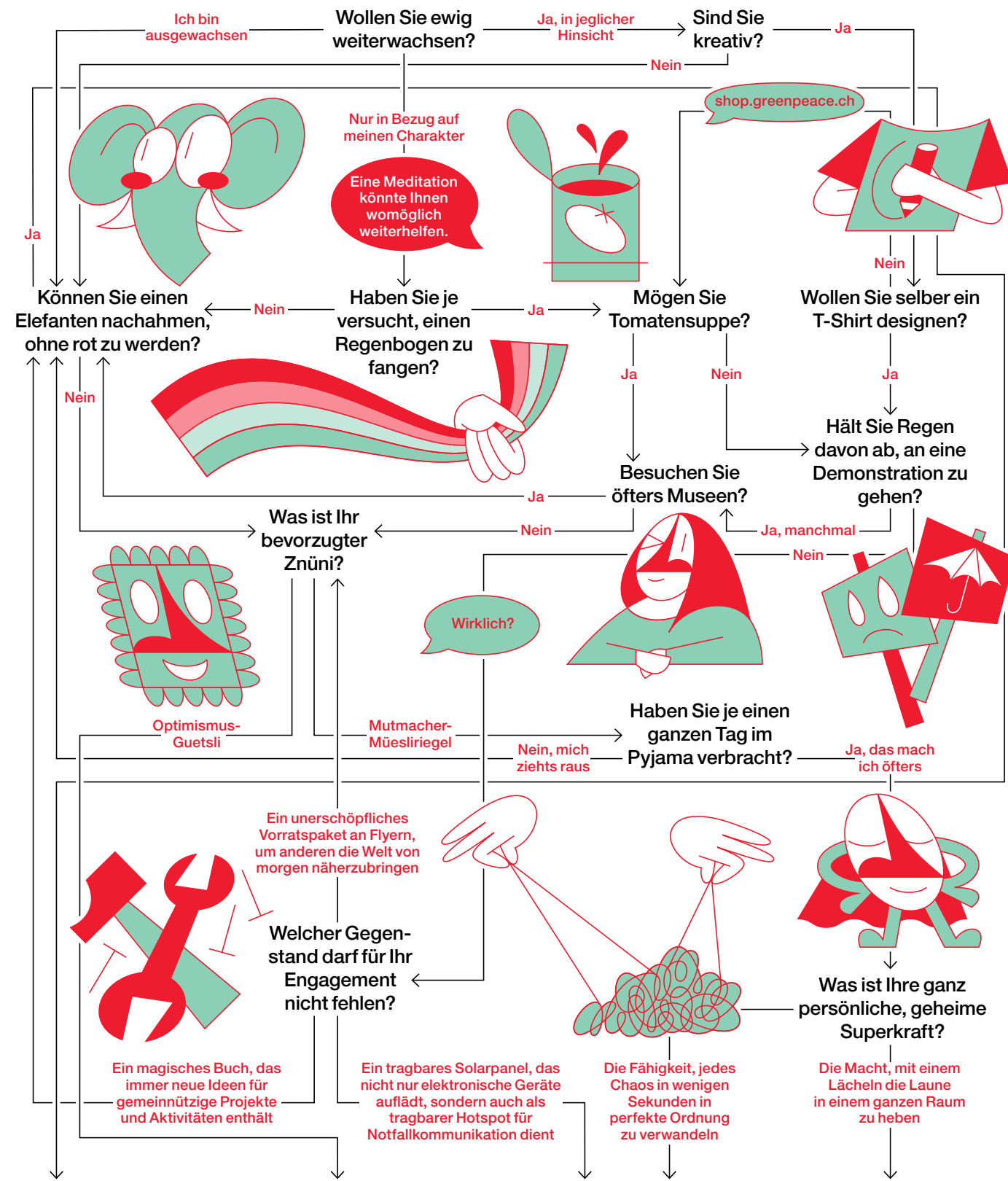
DER ERSTE SCHRITT

Wie stellen Sie sich die Zukunft vor? Sehen Sie eine Wirtschaft, die nur noch wiederverwertbare Produkte herstellt? Oder eine, die auf Kosten von Natur und Klima so viel Profit wie möglich macht? * Greenpeace engagiert sich für Ersteres – zusammen mit Ihnen.

Doch nicht immer sind Entscheide so einfach zu fällen. Vor allem, wenn es darum geht, den ersten Schritt zu machen und ein sozial gerechtes Leben im Rahmen der planetaren Grenzen mitzugestalten. Deswegen machen Sie als Starthilfe unseren Test und finden Sie heraus, welcher Change-Charakter Sie sind.

* Ja, aber wir sind teils auch unfreiwillige Komplizen - unsere Versicherungen legen ihr Geld in profitorientierten Unternehmen an, vielleicht hat mancher Aktien, unsere PolitikerInnen scheuen vor Unternehmensregulierungen zurück... Neben dem Engagement für Erstes ist Wissen über Letztes nötig!

IN DIE WELT VON MORGEN



Fighter4Change!

Sie lieben das Abenteuer und haben keine Angst, sich mit anderen Menschen im Streitgespräch zu duellieren. Sie sind mutig wie ein Löwe und hartnäckig wie ein Kaugummi unter dem Schuh. Sie lassen nicht locker, bis der Wandel hier ist!

Silent Gamechanger!

Mit Ihrem punktuellen Engagement verstehen Sie sich als Teil der Lösung. Hier und da platzieren Sie Ihre Botschaften im Gespräch mit Familie und Freund:innen. Auch das Quartier kommt nicht zu kurz: Sie verteilen Flyer in Briefkästen, hängen Fahnen und Plakate auf oder schreiben Leser:innenbriefe.

E-Activist@!

Sie sind überzeugt, dass der Wandel auch hinter dem Bildschirm beginnen kann. Ihre Kreativität setzen Sie wirkungsvoll für neue innovative Ideen ein. Sie haben Ausdauer und scheuen sich nicht davor, für eine Welt innerhalb der planetaren Grenzen kräftig in die Tasten zu hauen!

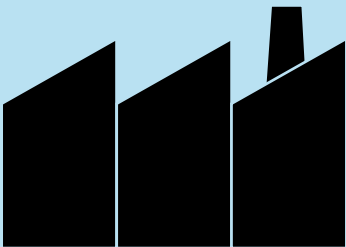
People Powered Person!

Im Austausch mit anderen Menschen schöpfen Sie Kraft und Inspiration. Sei es bei einem Filmabend über Lösungen zur Klimakrise oder an einer Klimademo – Sie sind dabei. Ihre kreativen Ideen sprudeln nur so, damit motivieren Sie Menschen, sich Ihrem Kampf für die Zukunft von Mensch und Planet anzuschließen.

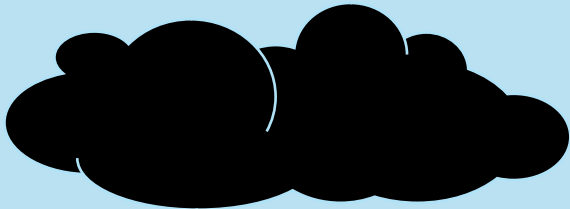
Mediterranean Shipping Company: Container-Wahnsinn für den Welthandel

Die Mediterranean Shipping Company (MSC) ist die grösste Container-Reederei weltweit. Das Schweizer Schifffahrtsunternehmen transportiert für unseren Konsum tagtäglich Zehntausende von Containern auf dem Wasserweg. Mit verheerenden Folgen für die Umwelt.

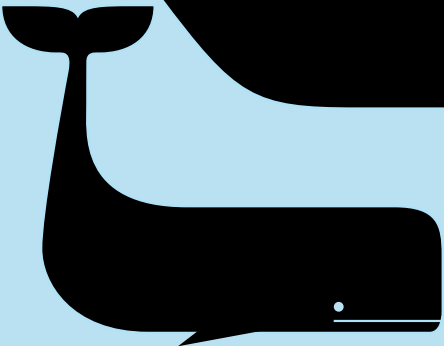
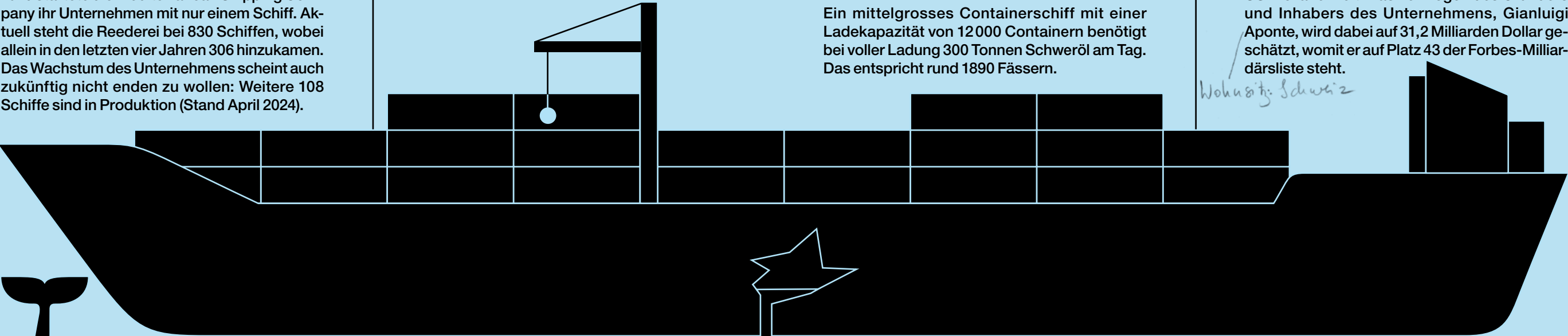
Die MSC besitzt eine Flotte mit einer Ladekapazität von über 5,9 Millionen Containern und weist damit einen Marktanteil von 19,9 Prozent aus. Jährlich transportiert das Unternehmen rund 24,5 Millionen Container übers Meer.



1970 startete die Mediterranean Shipping Company ihr Unternehmen mit nur einem Schiff. Aktuell steht die Reederei bei 830 Schiffen, wobei allein in den letzten vier Jahren 306 hinzukamen. Das Wachstum des Unternehmens scheint auch zukünftig nicht enden zu wollen: Weitere 108 Schiffe sind in Produktion (Stand April 2024).

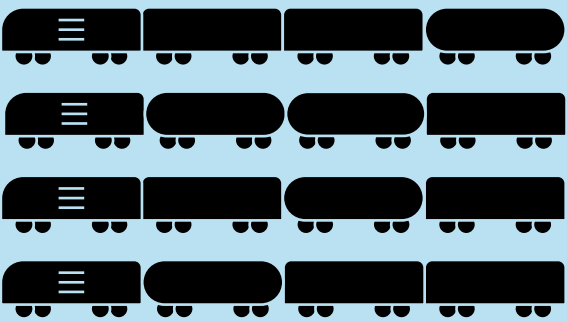


Im Jahr 2020 haben Schiffe der MSC-Reederei 10,9 Millionen Tonnen CO₂ ausgestossen. Das Unternehmen landet damit auf Platz 6 der grössten europäischen Umweltverschmutzer. Global ist die Schifffahrtsindustrie für 3 Prozent der weltweiten Emissionen verantwortlich, gleich viel wie der Flugverkehr. Für 2050 soll dieser Anteil sogar auf 10 Prozent steigen.



Seit Juli 2023 ist die MSC Michel Cappellini das grösste Containerschiff weltweit. Es ist 399 Meter lang, 61 Meter breit und kann ein Gewicht von 281 456 Tonnen transportieren. Zum Vergleich: Das sind rund 1480 Blauwale.

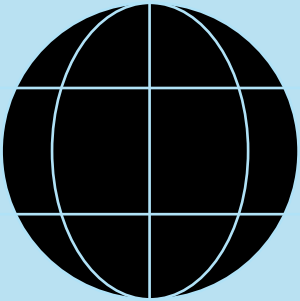
Es kam bereits zu diversen Ölunfällen mit MSC-Schiffen. 2005 liefen von der MSC Al Amine 100 bis 150 Tonnen Schweröl in den Golf von Tunis. 2010 kollidierte die MSC Chitra mit einem anderen Schiff, worauf 800 Tonnen Öl in den Indischen Ozean flossen. 2019 havarierte die MSC Zoe in der Nordsee, wobei sie 342 Container verlor, die teilweise mit giftigem Gefahrgut beladen waren. Bis heute konnten nicht alle Container ausfindig gemacht werden.



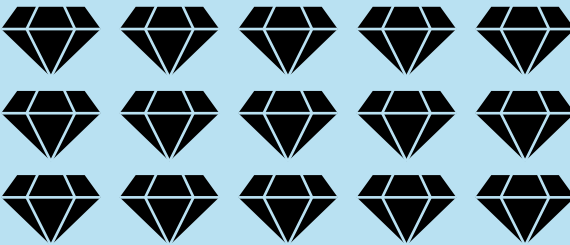
Auf der MSC Michel Cappellini können 24 346 Container transportiert werden. Zum Vergleich: Um diese Anzahl Container zu bewegen, würden Logistiker:innen 286 Güterzüge benötigen.



Ein mittelgrosses Containerschiff mit einer Ladekapazität von 12 000 Containern benötigt bei voller Ladung 300 Tonnen Schweröl am Tag. Das entspricht rund 1890 Fässern.



Die Schiffe der Container-Reederei fahren bis zu 300 verschiedene Meeresrouten und bedienen rund 520 Anlaufhäfen.



Gemäss einer Recherche von «Sea-Intelligence» hat die MSC im Jahr 2022 mit ihren Containerschiffen einen Gewinn von rund 200 Milliarden US-Dollar erzielt. Das Vermögen des Gründers und Inhabers des Unternehmens, Gianluigi Aponte, wird dabei auf 31,2 Milliarden Dollar geschätzt, womit er auf Platz 43 der Forbes-Milliardärsliste steht.

Wohnsitz: Schweiz

Ein gewöhnlicher Schiffscontainer hat eine Länge von 6,1 Metern, eine Breite von 2,44 Metern und eine Höhe von 2,59 Metern. Sein Volumen umfasst rund 33,2 Kubikmeter, was ca. 664 Bananenkisten entspricht, und er wiegt mit Zuladung rund 24 Tonnen. 2023 gingen 221 solcher Container im Meer verloren.



Von 90 Schweizer Schiffen, die zwischen 2009 und 2019 an südasiatischen Stränden abgewrackt wurden, gehörten 80 zu MSC. Innerhalb dieser 10 Jahre starben bei der umweltschädlichen Schiffentsorgungsart 447 Arbeiter:innen.

Quellen: public.axsmarine.com/alphaliner; incodocs.com; msc.com; NABU; offthebeach.org; splash247.com; transportenvironment.org; vesselfinder.com; whales.org

Waschmittel mit herbstlicher Duftnote

1

Vorrat anlegen

Die Kastanien vierteln und in kleinen Portionen im Mixer pürieren. Dabei den Mixer jeweils nach kurzer Zeit wieder ausschalten und etwas ruhen lassen, damit das Gerät nicht überhitzt und dadurch Schaden nimmt. Die Kastanienmasse für zwei bis drei Tage an der Luft trocknen lassen und danach in Glasbehälter füllen.

2

Waschmittel herstellen

Einen weiteren Glasbehälter mit heissem Wasser füllen und 5 Esslöffel der Kastanienmasse beugeben. Das Ganze 30 Minuten ziehen lassen, danach das Wasser absieben und zurück in den Glasbehälter füllen. Schon ist das Waschmittel fertig. Es kann in der gleichen Menge wie normales Waschmittel verwendet werden.

3

Anwendung

Das Waschmittel eignet sich vor allem für bunte und dunkle Wäsche. Wenn man auch weisse Kleidung damit waschen möchte, sollte man die Kastanien vor dem Zerkleinern schälen. Das verhindert, dass die Wäsche einen Graustich bekommt.

Tipp

Sollte einen der Duft des Kastanienwaschmittels nicht überzeugen, kann man der Flüssigkeit verschiedene Duftöle beimischen.

Das braucht: 3 bis 4 Kilo Kastanien
Mixer
Verschliessbare Gläser (Konfigläser, Saucengläser, Vorratsgläser usw.)

Kastanien eignen sich nicht nur, um mit Zahnstochern kleine Figuren daraus zu basteln. Man kann damit auch ganz einfach sein eigenes Waschmittel herstellen. Also ab in den herbstlichen Wald zum «Cheshtenesammle».

Wir erleben jeden Tag, was das aktuelle Wirtschafts- und Gesellschaftssystem mit uns macht: Die Ressourcen schwinden, die Natur kollabiert, soziale Spannungen nehmen zu – «Change» ist angesagt, und zwar subito!

Autor: Christian Schmidt



Corinne Grässle, Co-Präsidentin Swiss Donut Economics Network

Sie verwenden gerne den Begriff Nowtopia. Was verstehen Sie darunter? Nowtopia ist im Gegensatz zu Utopia kein unerfüllbares, fernes Ideal, sondern meint Orte, in denen zukunftsfähige Lösungen bereits heute Realität sind, etwa regenerativ wirtschaftende Bauernhöfe oder kreislauffähige Gebäude. Es ist nicht so, dass an der Gegenwart alles schlecht ist und morgen alles anders sein muss. Die Transformation hin zu einer zukunftsfähigen Gesellschaft hat bereits begonnen.

Unser System ist patriarchal.

Noemi Grütter

Sehe ich auch so!



Noemi Grütter, feministische Klimaaktivistin und Menschenrechtsexpertin

Die Menschen in der Schweiz sind weltweit politisch am aktivsten. Weshalb kommen wir dennoch kaum voran in Sachen Change? Wir haben eine zu schöngefärbte Wahrnehmung unserer Demokratie: In der Realität haben viele Menschen keinen Zugang dazu, ihre Anliegen werden nicht repräsentiert. Unser System ist immer noch patriarchal, kolonialistisch und rassistisch. Es erlaubt keine grossen, schnellen Veränderungen.

Nehmen wir an, Sie wären eine grüne Diktatorin. Was würden Sie an unserem System verändern?

Als Diktatorin abdanken und wieder eine Demokratie einführen! Auch wenn die Klimakrise dringlich ist und bei uns die Mühlen der Politik langsam mahlen, glaube ich nicht an eine Nachhaltigkeit der Entscheidung ohne Beteiligung der Bevölkerung. Wenn ich aber einen Wunsch frei hätte, würde ich ein Bundesamt für Zukunftsfragen schaffen. Seine Aufgabe wäre es, die Zukunftsfähigkeit der Schweiz sicherzustellen.

In der Schweiz wird Change systembedingt behindert. Beispiel: Der Bund subventioniert Airlines, indem er ihnen die Steuern auf das Kerosin erlässt. Damit kurbelt er einerseits den Flugverkehr an, andererseits verzichtet er auf Gelder, die dann beim Umweltschutz fehlen. Ihr Kommentar?

Die fehlende Berücksichtigung der ökologischen Kosten ist tatsächlich tief in unserem System verankert. Paradox ist, wenn – wie im Falle des Flugverkehrs – klimaschädliche Aktivitäten durch indirekte Subventionen sogar noch staatlich gefördert werden.

Wenn dieses System so gut verankert ist, wie kann ein Change dann überhaupt möglich werden?

Wandel scheint immer unmöglich – bis er passiert. Denken Sie an die Sklaverei. Heute können wir nur den Kopf schütteln, dass so etwas einst Normalität war. Auch wenn wir unsere jetzige Realität als fix empfinden, so ist sie dennoch veränderbar. Es liegt an uns. Wir können entscheiden, ob wir den Change «by disaster» oder den Change «by design» haben wollen.

Wie viel Nowtopia gibt es bereits in unserem Alltag?

In den letzten Jahren hat sich viel bewegt. Aber klar, vom Ziel einer Gesellschaft, die allen ein gutes Leben innerhalb der planetaren Grenzen ermöglicht, sind wir noch weit entfernt. Doch wir dürfen feiern, was wir bereits erreicht haben. Jede Aktion gegen die Klimakrise, mag sie noch so klein erscheinen, ist besser als nichts.

Illustrationen: Jörn Kaspuhl, kaspuhl.com

**Autor: Christian Schmidt, Journalist, Texter
für Non-Profit-Organisationen und Buchautor.
Freischaffend aus Überzeugung. Diverse
Auszeichnungen, u. a. Zürcher Journalistenpreis.**

Ich würde ein
Bundesamt für
Zukunftsfragen
schaffen.

Corinne Grässle

**Change heisst
für mich,
Prioritäten neu
zu setzen.**

Noemi Grütter

Sie fordern, dass wir den Change ganzheitlich angehen. Wie meinen Sie das? Unser System wurde für weisse Cis-Männer ohne Behinderungen konstruiert. Um einen Change zu ermöglichen, müssen wir feministische, klimaaktivistische und weitere soziale Bewegungen verbinden und stärken, sie unterstützen und ihnen zuhören.

Sie wünschen sich, dass wir vermehrt in Utopien denken. Das sei das Einzige, was uns noch bleibe. Das tönt resigniert. Im Gegenteil. Ich bin ein sehr hoffnungsvoller Mensch, sonst könnte ich keine Aktivistin sein. Wir müssen raus aus der aktuellen Ohnmacht, Utopien sind das Mittel dazu. Sie helfen uns, neue Wege zu erkennen und das alte System zu sprengen.

Nehmen wir an, Sie wären die erste feministische Diktatorin der Schweiz. Was würden Sie primär ändern?

Feministische Diktatorinnen würde es niemals geben. Aber wenn ich die Zukunft der Schweiz mitgestalten könnte, würde ich eine solidarische Ökonomie einführen. Diese baut auf der Überlegung auf, dass materielle Ressourcen wie Wasser, Land und Wälder gemeinsamer Besitz sind, ebenso ideelle Ressourcen wie Sprache oder Wissen. Das ist für mich die Basis für eine geschlechtergerechte, ökologische Gesellschaft.

Wie leben Sie Change in Ihrem aktuellen Alltag?

Ich versuche, meine Zeit bewusst einzusetzen: für feministische Anliegen, für den Klimaschutz, für geliebte Menschen. In den vergangenen hundert Jahren haben wir verlernt, was wir primär sind: Menschen mit Gefühlen, Bedürfnissen und Werten. Change heisst für mich deshalb, die Prioritäten neu zu setzen. Damit meine ich Selbstfürsorge, Fürsorge für andere Menschen und Fürsorge für unseren Lebensraum.

NACHHALTIGE SPUREN HINTERLASSEN

«Menschen fühlen sich mit Greenpeace aufgrund eines Umweltbewusstseins und der Erkenntnis verbunden, dass die *Natur für uns und zukünftige Generationen geschützt und erhalten werden muss*. Auch ich teile diese Ansicht, setze meine Expertise für diesen Zweck ein und leiste dadurch einen kleinen Beitrag für ein grösseres Ganzes.» – Markus Huber

Eine Gelegenheit ein Interview mit dem Rechtsanwalt Herrn Markus Huber zu führen, welcher Menschen berät, die Greenpeace Schweiz in der Nachlassplanung berücksichtigen möchten. Mit der *Unterstützung von Hilfswerken im Bereich des Umweltschutzes kann ein Wandel der Gesellschaft gefördert werden*, so im Hinblick auf eine nachhaltige Wirtschaft, eine Kreislaufwirtschaft, soziale Gerechtigkeit, erneuerbare Energien, etc.

Herr Huber, gemäss einer Studie schreibt nur ein Viertel der Schweizer:innen ein Testament. Warum so wenige?

Viele Menschen sind der Ansicht, es sei sowieso alles gesetzlich geregelt. Tatsächlich bietet das Erbrecht aber Gestaltungsspielraum. Insbesondere seit der letzten Revision des Erbrechts im Januar 2023, mit welcher der Pflichtteil der Eltern gestrichen, der Pflichtteil der Nachkommen reduziert und die freie Quote erhöht wurde, besteht mehr denn je die Möglichkeit, den Nachlass proaktiv und sinnvoll zu gestalten. Im Übrigen wird meines Erachtens die Notwendigkeit der Regelung des eigenen Nachlasses unterschätzt und es bestehen emotionale Barrieren, sich mit dem eigenen Ableben auseinanderzusetzen.

Was halten Sie von der Idee, Hilfswerke im Testament zu berücksichtigen?

Sie nehmen in einer Gesellschaft eine ausgleichende Funktion wahr und tragen damit zu einem grösseren Ganzen bei. In diesem Sinne kann mit einem Erbe oder Vermächtnis an ein Hilfswerk der Gesellschaft etwas zurückgegeben werden. Die Berücksichtigung von Hilfswerken im Testament bringt viele positive

Aspekte mit sich, so kann man über sein eigenes Leben hinaus nachhaltige Spuren hinterlassen, die soziale, ökologische oder kulturelle Einflüsse haben. So können auch persönliche Werte und Überzeugungen ausgedrückt oder eine soziale Verantwortung wahrgenommen werden.

Was raten Sie Klient:innen, die ein Hilfswerk bedenken möchten, aber nicht wissen, wie?

In der Regel haben Klient:innen bereits Grundkenntnisse im Erbrecht und wissen, dass entweder ein Erbe oder Vermächtnis verfügt werden kann. Allerdings muss als erstes eine Bedürfnisanalyse durchgeführt und ein Bewusstsein für die Handlungsspielräume geschaffen werden. Regelmässig werden Hilfswerke nebst Nachkommen, Ehegatten, Familienangehörige und Freunde bedacht, weshalb die Beratung über das «wie» sämtliche Aspekte der Nachlassplanung berücksichtigen muss.



Markus Huber
Zürcher Rechtsanwälte AG

Für Fragen oder zum Bestellen des kostenlosen
Testament-Ratgebers: 044 447 41 79,
claudia.steiger@greenpeace.org,
greenpeace.ch/legate

Das Rätsel rund um das Greenpeace-Magazin

- 1

Wie viele Stadtklima-Initiativen hat der Verein umverkehrR lanciert?

D: 11
H: 13
P: 15
- 2

Was haben die KlimaSeniorinnen erreicht?

E: Ein historisches Urteil
O: Eine sanfte Ermahnung
R: Eine bedeutungslose Rüge
- 3

Was fordert Greenpeace Schweiz von Coop und Migros?

C: Weniger Auswahl in den Regalen
G: Mehr Zukunft im Sortiment
F: Weniger Süssigkeiten an den Kassen
- 4

Was sind Asset-Manager?

R: Vermögensverwalter
T: Nachhaltigkeitsverwalter
S: Erbschaftsverwalter
- 5

Woraus lässt sich ganz einfach Waschmittel herstellen?

E: Feigen
D: Walnüsse
O: Kastanien
- 6

Ein Werk welches Unternehmens stösst in den Niederlanden Giftwolken aus?

W: Tata Steel
U: Bobo Chrome
S: Nene Gold
- 7

Wie viele Bürger:innen klagten in Belgien mittels einer Initiative gegen ihre Regierung?

J: 23000
T: 58000
N: 86000
- 8

Was ist die Leibspeise des Grauen Langohrs?

G: Lebensmittelmotten
P: Schmetterlinge
H: Nachtfalter

Lösungswort:

Wir verlosen zehn Mal die Stofftasche «Give Peace a Chance». Ein hochwertig verarbeitetes Produkt aus 100 Prozent bester Biobaumwolle, konsequent nachhaltig vom Stoff bis zu den Nähten. Produziert nach strengsten Greenpeace-Kriterien.

Senden Sie das Lösungswort inklusive Ihrer Adresse bis zum 30. Oktober 2024 per E-Mail an redaktion@greenpeace.ch oder per Post an Greenpeace Schweiz, Redaktion Magazin, Stichwort Ökorätsel, Postfach, 8036 Zürich. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Über die Verlosung wird keine Korrespondenz geführt.



Das Lösungswort des Rätsels aus dem Magazin 02/24 lautet: fliesen

Klima- und Biodiversitätskrise, Hochwasser, Erdbeben, Krieg ... Die Nachrichten über Krisen und Disruption begleiten unseren Alltag intensiver denn je. Viele Menschen werden müde und fühlen sich hilflos. Sie ziehen sich zurück und fokussieren auf die Sorgen, die ihren eigenen Alltag ganz direkt und akut betreffen – mehr Sorge, mehr Engagement, so glauben sie, geht nicht. Wie können wir das Blatt wenden und gemeinsam unsere Zukunft bauen? Zukunft üben, sagt Sozialpsychologin Julian Bleh. Es fehlt uns an konkreten Visionen, und zwar an der ganz konkreten Vorstellung, wie unser Leben in einer sozial und ökologisch gerechten Gesellschaft aussehen kann. Ohne diese Vorstellungskraft ist bei uns allen die Bereitschaft gering, sich auf Veränderungen einzulassen.

Bleh zeigt, dass sich die Teilnehmer:innen nach seinen Visionsexperimenten gesellschaftliche Veränderungen besser vorstellen können und sie für realistischer halten. Die Menschen lösen sich vom Status quo und sind motiviert, sich selbst zu engagieren. Dass Visionen auch in den Chefetagen von grossen Unternehmen fehlen, durften wir sogar im Gespräch mit einem der nachhaltigsten Detailhändler hautnah erleben. Die Bitte «Führen Sie mich durch den Supermarkt der Zukunft» führte zu betretenem Schweigen. Endlich die Antwort: «Ein nachhaltiges Sortiment.» Wow! Sie sehen, es braucht Sie, Greenpeace sowie jede:n Einzelne:n, um unsere Zukunft für Mensch und Planet zu gestalten.

Also lassen Sie uns gemeinsam Zukunft üben und viele kleine Visionen zusammenbringen. Wir brauchen nicht den einen grossen Wurf einer Utopie, der uns erstarren lässt. Wir brauchen das Konkrete, das unser Feuer entfacht. Was ist Ihr erster Schritt hierfür? Nutzen Sie die Antwortkarte, die dem Heft auf Seite 26 beiliegt, und schreiben Sie uns.



Iris Menn
Geschäftsführerin
Greenpeace Schweiz

Graues Langohr (Plecotus austriacus)

Merkmale

Das Graue Langohr gehört zu den mittelgrossen Fledermäusen. Auffälligstes Merkmal der Art sind die bis zu 4 cm grossen, graubraunen Ohren, die das Tier im Schlaf einrollt. Das Fell am restlichen Körper ist grau und am Bauch teilweise weiss. Die Fledermaus wiegt zwischen 5 und 13 g, ihre Flügelspannweite beträgt bis zu 30 cm.

Das Graue Langohr besitzt die Fähigkeit, sehr langsam und wendig zu fliegen und sogar in der Luft an Ort zu verharren. Die Tiere sind nachtaktiv und nutzen das Dunkel zum Jagen. Auf der Speisekarte zuoberst stehen bei der Fledermausart Nachtfalter. Diese verzehren sie im Hängen und lassen unverdauliche Teile wie die Flügel auf den Boden fallen.

Lebensraum

Das Graue Langohr ist vor allem in Dachstöcken von Gebäuden zu Hause, wo die Weibchen im Sommer in Kolonien von bis zu 20 Tieren ihren Nachwuchs grossziehen. Im Winter findet man sie teilweise auch in Kellern. Ihre Beute jagen die Fluginsekten über artenreichem, extensiv genutztem Offenland wie Blumenwiesen oder über Baumkronen.

Gefährdung

Die Fledermausart Graues Langohr ist in der Schweiz als «vom Aussterben bedroht» eingestuft. Einerseits, weil ihre bevorzugte Niederlassung an oder in Gebäuden durch Renovierungen und den Einsatz von giftigen Holzschutzmitteln in den letzten Jahren stark beeinträchtigt wurde. Andererseits, weil es infolge der Intensivierung der Landwirtschaft und der Verwendung von Pestiziden für das Graue Langohr je länger, desto schwieriger wird, genügend Insekten als Nahrung zu finden. Wird diese Entwicklung nicht gestoppt, droht das Graue Langohr in den nächsten Jahrzehnten in der Schweiz komplett auszusterben.

Um dies zu verhindern, hat die Stiftung Fledermausschutz ein Nationales Schutz- und Monitoringprogramm Langohren entwickelt. Damit werden 155 Langohr-Quartiere überwacht, um den Schutz und Erhalt des Grauen Langohrs zu gewährleisten.

Quellen: bfn.de/artenportraits/plecotus-austriacus#anchor-field-habitat; fledermausschutz.ch/graues-langohr; fledermausschutz.ch/langohren

Illustration: Janine Wiget ist gelernte Grafikdesignerin und Hochbauzeichnerin. Die Zürcherin arbeitet als freischaffende Illustratorin in verschiedensten Themenbereichen.

Konto / Zahlbar an
CH07 0900 0000 8000 6222 8
Greenpeace Schweiz
Badenerstrasse 171
8036 Zürich

Zusätzliche Informationen
40000000023613

Zahlbar durch (Name/Adresse)



Zahlteil

Währung Betrag
CHF

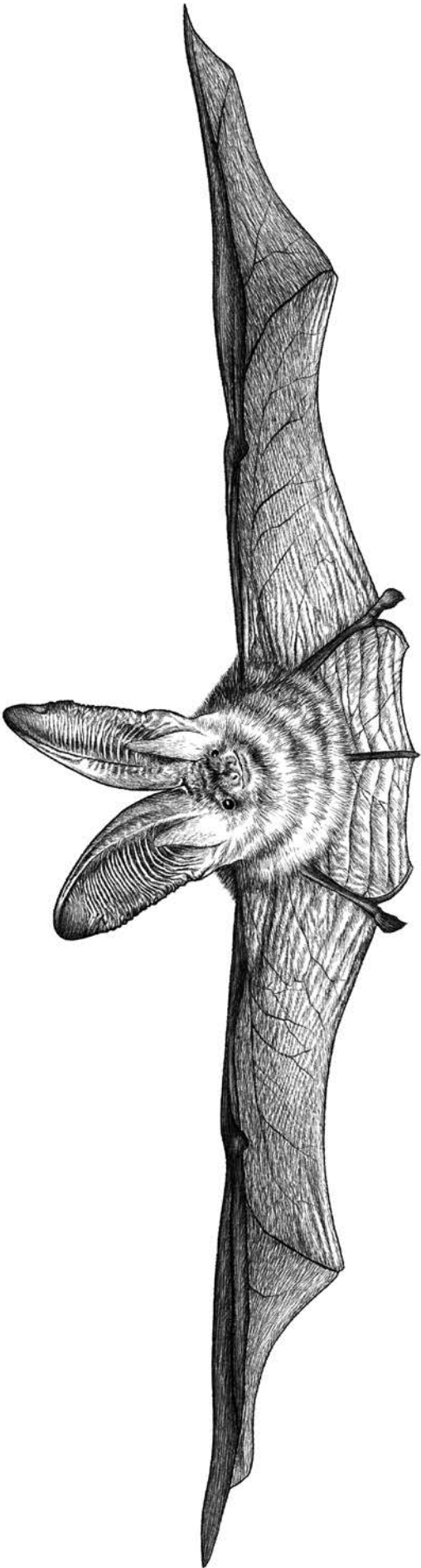
Empfangsschein

Konto / Zahlbar an
CH07 0900 0000 8000 6222 8
Greenpeace Schweiz
Badenerstrasse 171
8036 Zürich

Zahlbar durch (Name/Adresse)

Währung Betrag
CHF

Annahmestelle



Die Herausforderung für System Change & Transformation scheint mir zu sein, Machbares, Naheliegendes, Erreichbares aufzugreifen & zu verändern, dabei aber nicht aus dem Auge zu verlieren, dass wir tiefgreifende, umwälzende, fundamentale Veränderungen brauchen, um die Gefährdung der Menschheit abzuwenden und unsere zivilisatorischen Errungenschaften zu sichern. Verschiedene Beispiele im Heft haben sicherlich das Potential, zu grundlegenden Veränderungen beizutragen 😊.